

bringende, aber ihr unerlässlich erscheinende Heeresorganisation vor, die von der liberalen Majorität mehrfach abgelehnt wurde. Die dadurch herbeigeführten Auflösungen des Landtags und das eigenmächtige, im Prinzip verfassungswidrige Vorgehen der Regierung steigerten die Heftigkeit des politischen Kampfes, insofgedessen die Fortschrittspartei in den Konfliktjahren 1862—1864 auf der Höhe ihrer Macht und Volkstümllichkeit stand. Diese Bewegung im Norden wirkte auch auf den Süden zurück. Schon im Jahre 1859 war unter der Führung gemäßigtl-liberaler, preußisch-gesinnter Politiker (wie Rud. v. Bennigsen, Duncker, Miquel u. a.) in Eisenach der Deutsche Nationalverein begründet worden, der die Forderung der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung auf seine Fahne schrieb. Im Gegensatz dazu entstand in Süddeutschland der Deutsche Reformverein, der an einem Deutschen Bunde unter Teilnahme Österreichs festhielt und demgemäß auch in der inneren Politik einen mehr konservativen Standpunkt vertrat. Seiner Auffassung der nationalen Frage schlossen sich auch die demokratischen Kreise Süddeutschlands an, bei denen sich mit den Sympathien für das stammverwandte Österreich eine grundsätzliche Abneigung gegen die konservative und unkonstitutionelle preußische Politik verband. Diese ganze Parteibewegung aber blieb ohne starke Rückwirkung auf die Landtage und das politische Leben, sie vollzog sich im wesentlichen rein theoretisch auf dem Wege von Kundgebungen und Adressen, und das außerpreußische Deutschland jener Tage hielt wider von Parteischlagworten wie „großdeutsch“ und „kleindeutsch“, „durch Freiheit zur Einheit“ oder „durch Einheit zur Freiheit“ usw. Erst durch die kriegerischen Ereignisse und politischen Errungenschaften der bedeutsamen Jahre 1864 und 1866 wird das Parteileben geklärt und gerichtet. Angesichts der Erfolge Preußens und seiner vielbekämpften Militärorganisation wird durch die von Bismarck in kluger Rücksichtnahme auf die Volksstimmung nachgesuchte und gewährte Indemnität, d. h. nachträgliche Genehmigung für die früheren verfassungswidrigen Handlungen der Regierung, der alte Konflikt aus der Welt geschafft. Aber trotz dieses Friedens bleibt in den Führern der Fortschrittspartei eine gewisse oppositionelle Bitterkeit zurück, insofgedessen sie als Träger einer nationalen Politik des mächtig erweiterten und nun tatsächlich zur Führung Deutschlands berufenen preußischen Staates ungeeignet sind. So entsteht denn aus ihrer Mitte, aus sich anschließenden